

Beschluss GJ Leipzig setzt sich aktiv für die Aufnahme von Schutzsuchenden in Sachsen ein

Antragsteller*in: Clara
Tagesordnungspunkt: 3.2 Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Die GRÜNE JUGEND Leipzig verpflichtet sich, sich die Aufnahme von Geflüchteten
2 und die Verbesserung der Lebensumstände von Schutzsuchenden, insbesondere derer,
3 die bereits in der Stadt Leipzig sind, auf die Agenda zu schreiben. Sie setzt
4 sich aktiv in Form von Statements und anderer Aktionen für die Aufnahme von
5 Geflüchteten in Leipzig, sowie deren menschenwürdige Unterbringung und deren
6 Eingliederung in die Stadtgesellschaft ein. Außerdem sorgt sie für Druck im KV
7 Leipzig von BÜNDNIS 90/Die Grünen, sich ebenfalls mit diesem Anliegen zu
8 befassen. Für die Umsetzung dieser Vorhaben gründet die GRÜNE JUGEND Leipzig
9 einen Arbeitskreis.

Begründung

Ausgehend vom inhaltlichen Interesse mit der Auseinandersetzung der Situationen von Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen beantrage ich hiermit, dass die GJ Leipzig sich aktiv für die Aufnahme von Schutzsuchenden in Sachsen einsetzt.

Am 23. März 2020 veröffentlichten wir ein Statement, in dem wir die prekären Bedingungen im Geflüchtetenlager Moria auf der griechischen Insel Lesbos im Rahmen der Covid19-Bedrohung hervorgehoben hatten. Wir verurteilten die Bundesregierung, die europäischen Mitgliedsstaaten nicht dafür kritisiert, dass durch Abgrenzung und Isolation eine Festung Europa manifestiert wurde. Außerdem appellierten wir an geltende humanitäre Rechte und Verantwortungen, die eingehalten werden müssen, sodass auch Seenotretter*innen auf dem Mittelmeer nicht mehr kriminalisiert werden. Unsere Botschaft war klar: Wenn wir in der Pandemie die Wichtigkeit jedes einzelnen Menschenlebens ernst nehmen, dann auch jenes Leben der Menschen, die auf der Suche nach Sicherheit und Schutz EU-Grenzen überschreiten wollen!

Nachdem Altgrün im Sächsischen Landtag gegen den Antrag der Linksfraktion gestimmt hatte, mehr Schutzsuchende in Sachsen aufzunehmen, organisierten sich Einzelpersonen der GJ Leipzig, um einen gemeinsamen Appell an die Altgrüne Fraktion des Landtags zu formulieren. Der rege Email-Austausch begann am 15.09.2020 und diente dem Zweck, die Enttäuschung, Wut und das Unverständnis der Einzelpersonen über die gewählten Amtsinhaber*innen auszudrücken. Kernaussagen waren u.a. die Ignoranz der Grünen Fraktion, als Teil der Landesregierung gegen eine Aufnahme zu stimmen und alternativlos bzw. ohne eigene Handlungsvorschläge dazustehen. Außerdem wünschten sich die Einzelpersonen der GJ Leipzig, dass Spielereien um die Anzahl der Schutzsuchenden und um die Exklusivität bestimmter Personengruppen (Minderjährige, Frauen, etc.) beendet werden. Das einzige Ziel sei es doch, dass Sachsen Unterstützung anbiete, bis zum letzten Menschen in Not!

Wie diese zwei Aktionen beweisen, gibt es in der GJ Leipzig eine Bereitschaft, sich für die Aufnahme von Schutzsuchenden in Sachsen zu engagieren. Mit diesem Antrag möchte ich, dass sich die GJ Leipzig aktiv für dieses Anliegen einsetzt. Dies kann in Form von u.a. weiteren inhaltlichen Statements, Spenden an die Seenotrettung, das Organisieren von Hilfsgütern und auch durch Druck auf den KV sowie auf die GJ Sachsen geleistet werden. Ich bitte hiermit die GJ Leipzig, sich die Situation von Schutzsuchenden auf die Agenda zu schreiben und dafür einen eigenen Arbeitskreis zu gründen, der sich mit etwaigen Formaten um das Anliegen kümmert.

A2 Progressive Entscheidungsverfahren

Antragsteller*in: Holger Erthel
Tagesordnungspunkt: 3.2 Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Wir, die Grüne Jugend Leipzig sind ein radikaldemokratischer Ortsverband. Wir
2 lehnen Hierarchien, individuelle Machtstrukturen, strukturelle Gewalt und
3 jegliche Art der Unterdrückung ab. Alle - die sogenannte Basis - im Verband
4 sollen mit ihren Meinungen und Bedürfnissen eingebunden werden. Da Demokratie
5 und demokratische Entscheidungen bei uns in der Regel aber bedeuten, dass die
6 Mehrheit entscheidet und der Fokus auf Überredung statt Optimierung der
7 Vorschläge liegt, stellt sich die Frage, wie mit unterlegenen Minderheiten,
8 Gegenstimmen und insgesamt mit anderen Meinungen, Bedürfnissen sowie Interessen
9 umgegangen wird.

10 Jede private sowie politische Entscheidung - unabhängig der Gruppengröße - die
11 mit einem Mehrheits-/ Machtentscheid und nicht im Konsens entschieden wird,
12 bedeutet gewaltsames Handeln gegenüber der Betroffenen. Dies führt zu
13 Konflikten, Spannungen sowie Unterdrückung der Minderheitsmeinung. Diesem
14 Problem wollen wir entgegentreten und ferner dem Mehrheitsentscheid weitere Wege
15 der Entscheidungsfindung umsetzen.

16 Um zukünftig Entscheidungen zu treffen, werden wir in den Aktiventreffen
17 progressive Entscheidungsverfahren durchführen. Statt den Fokus auf Macht-,
18 Meinungskämpfe und der Mehrheitsbeschaffung zu legen, setzen wir uns mit den
19 einzelnen Widerständen auseinander und wollen die begründeten Einwände
20 integrieren. Ziel ist es, Entscheidungen zu finden, mit denen sich alle
21 wohlfühlen. Es geht nicht darum, die perfekte Lösung zu finden, sondern einen
22 Weg, den alle ohne schwerwiegende Bedenken mittragen. "Good enough for now, safe
23 enough to try."

24 Mit Konsent-Abfragen treffen wir effektive und schnelle Entscheidungen. Es zählt
25 die Macht der Argumente statt die der Mehrheit. Es entstehen neue und bessere
26 Lösungen, in denen wir Rücksicht auf die Bedenken einzelner nehmen. Dadurch
27 stärken wir gleichzeitig unsere harmonische Gruppendynamik.

Begründung

erfolgt mündlich/später

A3NEU2 Für ein fahrradfreundlicheres Leipzig

Antragsteller*in: Antonia Groß
Tagesordnungspunkt: 3.2 Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Wir alle wissen es: Zur Bekämpfung der Klimakrise ist eine sofortige
2 Verkehrswende absolut notwendig. Neben der Förderung von E-Mobilität und einem
3 starken Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs gehört dazu auch die
4 konsequente Förderung des Radverkehrs.

5 Insbesondere für innerstädtischen Verkehr ist die Verbesserung der Bedingungen
6 für den Fahrradverkehr dringend erforderlich. Damit die Menschen das Auto stehen
7 lassen und auf Fahrradfahren umsteigen muss dieses insbesondere sicher sein.
8 Hier ist in der Stadt Leipzig dringender Handlungsbedarf gegeben.

9 Die Vision Zero muss Wirklichkeit werden! Jede*r Verkehrstote ist eine*r zu
10 viel. Die Stadt Leipzig hat die Pflicht alles zu tun, was ihr als Kommune
11 möglich ist, um die Menschen zu schützen, das gilt auch im Straßenverkehr. Immer
12 wieder kommen jedoch an denselben Stellen Radfahrende ums Leben, ein bekanntes
13 Beispiel ist hier die Ecke Jahnallee – Cottaweg. Die Untätigkeit der Stadt diese
14 Situation zu ändern ist inakzeptabel.

15 Wir als GRÜNE JUGEND Leipzig fordern daher:

- 16 • Das Urteil zur Aufhebung des Fahrradfahrverbotes auf dem Innenstadtring
17 endlich umzusetzen und auch hier sichere Fahrradwege zu schaffen
- 18 • Ein Konzept der Stadt Leipzig zur deutlichen Vermehrung der Anzahl an
19 Fahrradstraßen in der Stadt inklusiver der erneuten Überprüfung der
20 Möglichkeit die Karl-Liebknecht-Straße in eine Fahrradstraße umzuwandeln
- 21 • Die konsequente Weiterverfolgung und Umsetzung der seit Jahren
22 diskutierten Radstation am oder im Leipziger Hauptbahnhof mit dem Angebot
23 von wetterfesten und sicheren Abstellmöglichkeiten, von Leihrädern sowie
24 von Fahrradreparaturen.
- 25 • Den Aufbau eines Lastenrad-Sharings in Leipzig.
- 26 • Den Ausbau des Fahrradwegenetzes sowie die Überprüfung des Konzeptes von
27 „Pop-Up-Bikelanes“
- 28 • Die Jahnallee muss für Fahrradfahrende sicher gestaltet werden;
29 insbesondere gilt es, endlich eine sichere und langfristige Lösung für
30 die Ecke Jahnallee – Cottaweg zu finden. Weitere Tote hier sind
31 unvertretbar!
- 32 • Konsequentes Handeln der Ordnungsbehörden bei Parkverstößen zu Lasten des
33 Radverkehrs

34 Die GRÜNE JUGEND Leipzig fordert die Stadtratsfraktion des Kreisverbandes von
35 BÜNDNIS90/Die Grünen auf, die Themen der Fahrradsicherheit und der

- 36 fahrradfreundlichen Gestaltung der Stadt Leipzig, insbesondere die oben
37 genannten Punkte, im Stadtrat auf die Agenda zu bringen. Dazu soll die Fraktion
38 auch mit relevanten Akteuren aus dem Bereich (z.B. dem ADFC) zusammenarbeiten